

Ein „Hirngespinnst der EU-Falken“: Was steckt hinter der neuen Arktis-Strategie Brüssels?

Die EU-Kommission bereitet sich auf einen „globalen Machtwettstreit“ mit Russland in der Arktis vor.



21. Oktober 2026 | RT Newsroom

Die EU hat ihre Arktis-Strategie aktualisiert, und Militarismus hat den Klimaaktivismus als neues Hauptanliegen Brüssels im eisigen Norden abgelöst. Ungeachtet dessen, was die neue Strategie behauptet, ist die Arktis jedoch nicht „die nördliche Nachbarschaft der EU“.

Die am 20. Oktober von der EU-Kommission vorgestellte „Strategie für die Arktis“ beschreibt die Region als „kritischen“ Raum für Handel, Investitionen und Naturschutz sowie als Brennpunkt für militärische Konfrontationen mit Russland.

„Da Russland und China ihren Einfluss und ihre Ambitionen ausweiten, ist die Arktis zu einer Frontlinie im globalen Machtwettbewerb geworden“, erklärte die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas in einer Stellungnahme. „Unsere überarbeitete Strategie spiegelt diese neue Realität wider und stellt die Sicherheit klar in den Mittelpunkt.“

Um zu verstehen, wie dramatisch diese neue Ausrichtung auf Sicherheit ist, muss man die Zeit zurückdrehen bis ins Jahr 2021, als die Kommission ihre bisherige Arktis-Strategie veröffentlichte.

Die grüne Vergangenheit der EU

Die am 13. Oktober 2021 veröffentlichte Strategie begann mit der Beschreibung des Klimawandels als „die umfassendste Bedrohung, der die Arktis ausgesetzt ist“. Russlands Sanierung von Militärstützpunkten aus der Sowjetzeit entlang seiner arktischen Küste wurde in erster Linie als etwas dar-

gestellt, das „die Folgen des Klimawandels weiter verschärfen“ könnte, und die EU versprach, mit Moskau „zur Verbesserung der Umwelt- und Gesundheitssicherheit“ zusammenzuarbeiten und die militärischen Beziehungen zu Russland der NATO und den einzelnen Mitgliedstaaten zu überlassen.

INTRODUCTION

The European Union (EU) is in the Arctic. As a geopolitical power, the EU has strategic and day-to-day interests, both in the European Arctic and the broader Arctic region. The EU also has a fundamental interest in supporting multilateral cooperation in the Arctic and in working to ensure that it remains safe, stable, sustainable, peaceful and prosperous. Being a major economic player, it shares the responsibility for global sustainable development, including in the Arctic regions, and for the livelihood of inhabitants, including Indigenous Peoples. The EU exerts a significant impact on the Arctic through its environmental footprint and demand for resources and products originating there.

Climate change is the most comprehensive threat the Arctic is facing and has reached an unprecedented crisis point¹. The Arctic is especially sensitive to global warming - it has

Ein Auszug aus der Arktis-Strategie 2021 der EU

Vier Monate später brach Brüssel die Beziehungen zu Moskau ab und schaltete sich auf der Seite Kiews in den Russland-Ukraine-Konflikt ein. Der Titel der Strategie von 2021 – „Ein stärkeres Engagement der EU für eine friedliche, nachhaltige und prosperierende Arktis“ – musste aktualisiert werden, um dem neuen Militarismus der EU Rechnung zu tragen.

Brüssel beansprucht die Arktis

„Russlands unprovoked und ungerechtfertigter Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Sicherheitslage in der Arktis und in der EU insgesamt verändert“, heißt es zu Beginn des neuen Dokuments, in dem weiter betont wird: „Die Arktis ist nicht die Grenze eines anderen. Sie ist Europas nördliche Nachbarschaft, und die EU ist Teil der Arktis.“

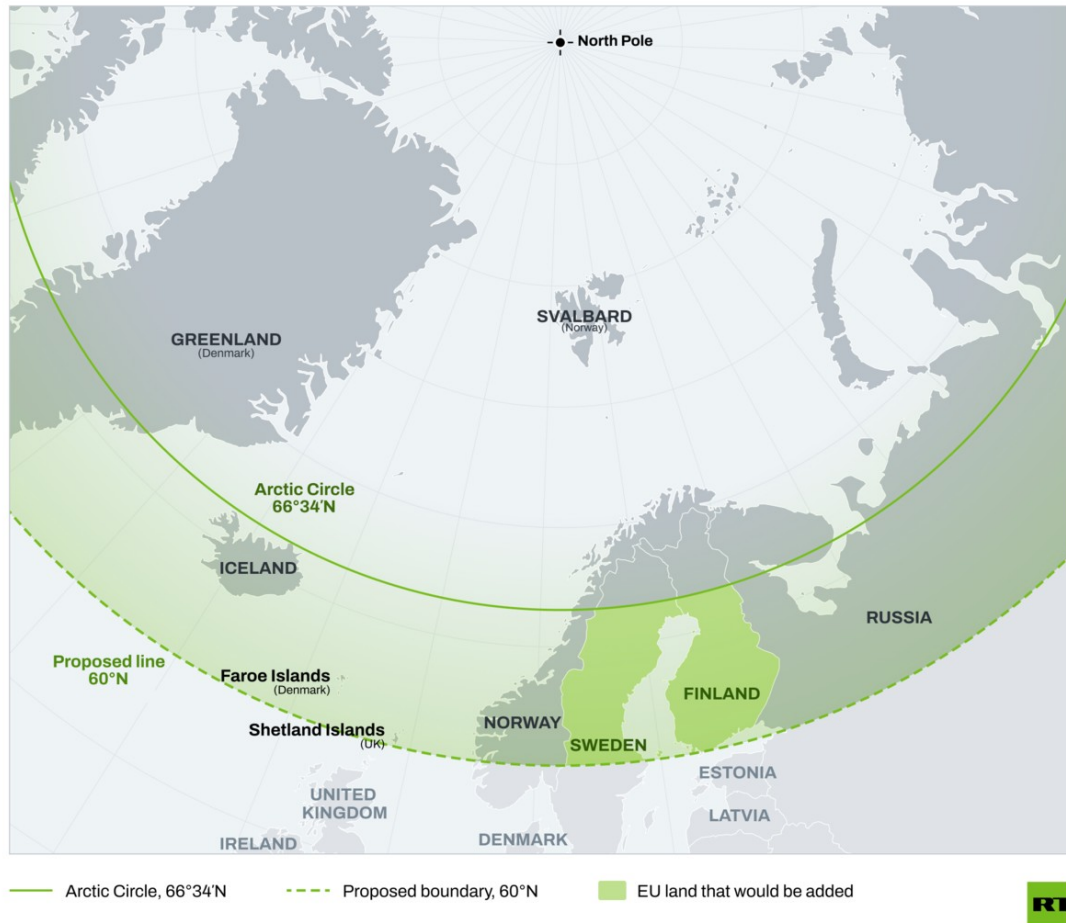
Die Geografie spielt Brüssel hier nicht gerade in die Hände. Die 27 Mitgliedstaaten umfassende EU hat keine Küste am Arktischen Ozean, und nur zwei ihrer Mitglieder – Finnland und Schweden – verfügen über Territorium innerhalb des Polarkreises (wobei Grönland, eine dänische Kolonie, die EU 1985 verlassen hat). Auf Russland entfallen 53 Prozent der Küstenlinie des Arktischen Ozeans und 45 Prozent der gesamten Landfläche innerhalb des Polarkreises.

Um dem entgegenzuwirken, sieht die neue Strategie vor, dass alle Gewässer nördlich des 60. Breitengrades als „Arktis“ betrachtet werden. Die Kommission argumentiert, dass ihre Umweltvorschriften dadurch „den tatsächlichen Einflussbereich der arktischen Schifffahrt abdecken“ würden.

Zudem würde dies das „arktische“ Gebiet und die Bevölkerung der EU drastisch vergrößern, da fast ganz Finnland und Schweden in die neue Region einbezogen würden, einschließlich der gesamten 1.340 Kilometer langen finnischen Grenze zu Russland. An dieser Grenze bereitet sich die EU auf einen Konflikt vor.

THE EU WANTS TO REDEFINE WHAT IS 'ARCTIC'

Land that would fall inside the polar zone if its boundary moved from 66.5°N to 60°N



Kriegsvorbereitungen

Die Strategie enthält eine umfangreiche Liste militärischer Ziele, wobei die Kommission Folgendes verspricht:

- „die Zusammenarbeit mit der NATO zu vertiefen“ und Militärübungen durchzuführen, deren Schwerpunkt auf dem Transport von Truppen und Ausrüstung in die Arktis liegt
- militärische Logistik-Korridore von Mitteleuropa in die Arktis zu entwickeln
- Häfen und Flughäfen für militärische Zwecke auszubauen
- die Kapazitäten der Eisbrecher zu erweitern
- die Satellitenüberwachung der Region und die Verfolgung russischer Öltanker auszuweiten
- polar-taugliche Unterwasserdrohnen zu entwickeln
- Einrichtung eines „Maritime Security Hub“ und Ausbau des Datenaustauschs mit der NATO
- Vertiefung der militärischen Beziehungen zu Kanada, Island, Norwegen, dem Vereinigten Königreich und den USA

Der Strategie fehlen einige konkrete Angaben, und fast alle diese Ziele werden ohne entsprechende Kostenangaben dargestellt. Die einzigen genannten konkreten Zahlen sind 260 Millionen Euro für zehn bestehende Projekte des EU-Verteidigungsfonds, 107 Millionen Euro für den Bau eines Unterwasser-Internetkabels nach Grönland sowie das im vergangenen Monat angekündigte „Partnerschaftspaket“ für Grönland in Höhe von 200 Millionen Euro. Obwohl die Kommission erklärt, dass dieses Investitionspaket „die Widerstandsfähigkeit, Sicherheit und den Frieden in der Arktis fördern“ werde, ist kein Teil der 200 Millionen Euro für explizit militärische Projekte vorgesehen.

Auch wenn diese Ziele eher einer Wunschliste als konkreten Verpflichtungen gleichen, birgt insbesondere eines davon das Potenzial, die Spannungen mit Russland bis zum Zerreißen zu verschärfen. In der Strategie heißt es, dass die EU ihr „Copernicus“-Satellitennetzwerk nutzen wird, um russische „Schattenflottenschiffe“ aufzuspüren, wodurch es den EU-Staaten erleichtert wird, diese abzufangen und zu beschlagnahmen. Belgien, Estland, Finnland, Frankreich und Schweden haben seit Dezember 2024 zwölf dieser Schiffe festgesetzt – eine Zahl, die mit Hilfe der Satellitenüberwachung wahrscheinlich noch steigen dürfte.

„Schattenflotte“ ist ein Euphemismus der EU für Tanker, die russisches Öl in internationalen Gewässern transportieren. Weder russische Ölexporteure noch Importeure außerhalb der EU halten sich an die EU-Sanktionen. Dennoch haben die EU-Mitgliedstaaten die Befugnis zur Beschlagnahme dieser Schiffe ausgeübt, was der Kreml als „flagranten Verstoß gegen das Völkerrecht“ und „regelrechte Piraterie und Raub“ betrachtet.

Sollten die Beschlagnahmen anhalten, hat der russische Präsident Wladimir Putin damit gedroht, mit gleicher Münze zurückzuzahlen.

Der sogenannte „hybride Krieg“

Die Militarisierung der Arktis durch die EU sei gerechtfertigt, heißt es in dem Dokument, da Russland „hybride Strategien gegen seine Nachbarn verfolge ... von Drohnenüberflügen und der Störung des globalen Navigationssatellitensystems bis hin zur Sabotage von Unterseekabeln“. Da es keine tatsächlichen, nachweisbaren militärischen Aktionen Russlands gegen Europa gibt, haben die Staats- und Regierungschefs der EU und der NATO begonnen, Moskau vorzuwerfen, einen „hybriden Krieg“ zu führen, und beschreiben Drohnensichtungen, Brände und Unfälle in Waffenfabriken, Proteste und sogar [Naturkatastrophen](#) als vom Kreml inszenierte Komplote zur Destabilisierung des Westens.

Eine Welle von „Drohnenangriffen“ in Nordeuropa und Skandinavien im vergangenen Jahr entpuppte sich als [Falschmeldung](#), bei der der belgische Verteidigungsminister versuchte, ein Foto eines Polizeihubschraubers als „russische Drohne“ auszugeben. Etwa zur gleichen Zeit [log](#) das PR-Team der Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, darüber, dass Russland die Navigationssysteme ihres Jets über Bulgarien „gestört“ habe. Westliche Geheimdienstchefs haben inzwischen zugegeben, dass es keine Beweise dafür gibt, dass Russland Unterwasser-Strom- und Internetkabel [sabotiert hat](#).

Dennoch halten sich Behauptungen über einen „hybriden Krieg“ in der europäischen Politik und den Medien hartnäckig – bis zu dem Punkt, dass einige Analysten diese Behauptungen selbst als eine Form der „hybriden Kriegsführung“ gegen die europäische Öffentlichkeit betrachten, die dazu dient, Erhöhungen der Militärausgaben und Kürzungen im Sozialbereich zu rechtfertigen.

„Wenn Sie sicher sind, dass es die Russen sind, oder fast sicher, dass es die Russen sind, schreiben Sie es den Russen zu“, riet NATO-Generalsekretär Mark Rutte den politischen Führern und Geheimdienstchefs des Bündnisses Anfang dieses Monats.

Russland führt seit Jahrzehnten Militärübungen in der Arktis durch, und die Sanierung seiner Stützpunkte aus der Sowjetzeit in der Region war bereits im Gange, bevor die EU ihre Arktis-Strategie 2021 veröffentlichte. Die neu militarisierte EU gibt sich jedoch nicht mehr damit zufrieden, diese Angelegenheit über alte Mechanismen – nämlich den Arktischen Rat – zu regeln, und besteht darauf, dass die Eindämmung Russlands im Norden sowohl in ihrer Verantwortung als auch in der der NATO liege.

Die Europäer diktieren ihre Bedingungen

Die neue Strategie der EU fordert Russland auf, „die Wahrung der Freiheit der Schifffahrt“ entlang der Nordostpassage (NSR) zu gewährleisten – einem ehemals unpassierbaren Schifffahrtskorridor, der nun dank schwindender Polkappen und der Unterstützung durch Russlands riesige Eisbrecherflotte ganzjährig befahrbar ist. Die NSR halbiert die Transitzeit von China nach Nordeuropa, und im August lief das erste chinesische Containerschiff über diese Route im Hafen von Murmansk ein.



Die Nordostpassage

Die Nordostpassage verläuft entlang einer mehr als 24.000 km langen russischen Küstenlinie und durch international anerkannte russische Hoheitsgewässer. Russland ist der einzige Staat, der in der Lage ist, Schiffen, die diese Route befahren, Hilfe zu leisten, und Schiffe, die im Winter die Route passieren möchten, müssen für die Begleitung durch russische Eisbrecher bezahlen. Moskau behält sich das Recht vor, jedem Schiff den Zugang zur Nordostpassage zu verweigern.

Dennoch beharrt die EU darauf, dass sie ein Mitspracherecht bei der russischen Meerespolitik habe, auch wenn sie verspricht, „die Sanktionen gegen die Schattenflotte, die über die Nordostpassage einfährt, fortzusetzen“ und die russische Schifffahrt unter Satellitenüberwachung zu stellen. Die jüngste Arktis-Strategie besagt, dass die EU sich „aktiv“ mit anderen Nationen „abwechseln“ wird, um die Freiheit der Schifffahrt in der Arktis zu gewährleisten, lässt jedoch jegliche Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit Russland außer Acht. Es werden ausschließlich „gleichgesinnte Partner“ – ein Begriff, der in dem Dokument fast zwei Dutzend Mal erwähnt wird – konsultiert.

Diplomatische und wirtschaftliche Streitigkeiten in der Arktis wurden bisher im Arktischen Rat behandelt. Im März 2022 stellten jedoch sieben der acht Mitglieder des Rates – alle außer Russland – ihre Teilnahme an den hochrangigen Ratssitzungen ein. Im selben Monat schloss sich die EU Finnland, Dänemark, Island, Norwegen und Schweden an und setzte alle Aktivitäten im Rahmen des separaten Barents-Euro-Arktischen Rates aus, an denen Russland beteiligt war.

Die Arktis-Illusion der EU

Der zentrale Trugschluss der Arktis-Strategie der EU besteht darin, dass sie davon ausgeht, Brüssel könne – sei es mit Gesetzen oder mit Waffengewalt – regeln, was Russland in seinem eigenen Hinterhof tut. Sie geht davon aus, dass die EU, die über keine arktische Küste verfügt, seit langem etablierte Kooperationsforen ignorieren und einer Supermacht, die die Hälfte der Land- und Meeresfläche der Arktis kontrolliert, direkt Bedingungen diktieren kann; und dass sie durch die ständige Wiederholung des Mantras „Die Arktis ist die nördliche Nachbarschaft der EU“ die geografische Realität und das massive Machtgefälle zwischen Russland und allen anderen Akteuren in der Region überwinden kann.

In einer am 20. Oktober von seiner Botschaft in den Niederlanden veröffentlichten Mitteilung bezeichnete das russische Außenministerium das Dokument als „ein weiteres Luftschloss der EU-Falken“.

„Ein kurzer Realitätscheck: Russland verfügt über eine Flotte von mehr als 40 Eisbrechern. Wie viele hat die EU insgesamt?“, fragte das Ministerium. „Die Arktis sollte ein Ort der Zusammenarbeit sein, nicht der Konfrontation. Vielleicht ist es an der Zeit, die Provokationen einzustellen?“